

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt:

- 1. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes für die Durchführung Gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung wird gebilligt.*
- 2. Der Entwurf ist der Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Beratung eines Wahlgesetzes für ganz Deutschland.*
- 3. Der Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Schaffung eines Wahlgesetzes für Gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung wird dem Bonner Bundestag und dem deutschen Volk zur Stellungnahme unterbreitet, so daß ein freier, offener Meinungs-austausch über den Gesetzentwurf erfolgen kann.*
- 4. Zur Beratung eines für ganz Deutschland gültigen Wahlgesetzes entsendet die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fünf Vertreter in eine gesamtdeutsche Kommission, die aus je fünf Vertretern Ost- und Westdeutschlands bestehen soll.*

Die Volkskammer wählt folgende Mitglieder als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in die vorgeschlagene Kommission:

Hermann Matern, Vizepräsident der Volkskammer,

Otto Nuschke, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands,

Dr. Lothar Bolz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vorsitzender der National-Demokratischen Partei Deutschlands,

Dr. Hans Loch, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands,

Prof. Dr. Leo Zuckermann, Mitglied des Verfassungsausschusses der Volkskammer.

Die Kommission hat die Aufgabe, den Entwurf der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und den Entwurf des westdeutschen Bundestages zu beraten.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitet den Entwurf eines Wahlgesetzes gleichzeitig dem ganzen deutschen Volk und ruft es auf, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen und die unverzügliche Vorbereitung Gesamtdeutscher Wahlen zu unterstützen.

Aus den Erklärungen der Fraktionen

Abg. Franz D a h l e m (SED):

„Unsere nationale Würde aber erlaubt es nicht, eine UN-Kommission in der Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen, die unsere demokratische Entwicklung zu prüfen vorgibt.“

Abg. Dr. T ö p l i t z (CDU):

„Wir appellieren von dieser Stelle erneut an die christlichen Abgeordneten im Bonner Bundestag und an alle Christen in Westdeutschland, sich gegen die Vorbereitungen eines neuen Krieges zur Wehr zu setzen und gemeinsam mit den patriotischen Kräften in der Deutschen Demokratischen Republik die Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erzwingen.“

Abg. Dr. L o c h (LDP):

„Wenn das deutsche Bürgertum unsere mahnenden Worte wirkungslos verhallen läßt, dann besiegelt es damit selbst sein Ende.“

Abg. Vincenz M ü l l e r (NDP):

„Wir bekennen uns erneut zu einer wahrhaft nationalen Politik, zu einer Politik, die die ganze Kraft unseres Volkes nach innen richtet, um unsere nationalen Lebensfragen auf demokratischem Wege durch den Zusammenschluß aller Deutschen guten Willens zu lösen.“

Abg. Ernst G o l d e n b a u m (DBD):

„Die Kräfte für Einheit und Frieden unter der bäuerlichen Bevölkerung im Westen Deutschlands wachsen von Tag zu Tag. Das zeigt, daß sich Adenauer den westdeutschen Bauern und Bäuerinnen nicht mehr zur Wahl stellen kann.“

Abg. Erich G e s k e (SPD):

„Das Nein der SPD zum Schuman-Plan ist ein lügenhaftes Nein. Wäre es wirklich ehrlich gemeint, dann würde die SPD zu außerparlamentarischen Mitteln greifen, um die Annahme des für die Zukunft Deutschlands tödlichen Schuman-Plans unter allen Umständen zu verhindern.“

Abg. Erna S c h ä f e r (DFD):

„Deutschlands Schicksal steht auf der Tagesordnung. Es geht um die Wiederherstellung der Einheit und um die Sicherung des Friedens. Krieg oder Frieden: vor diese Entscheidung ist das deutsche Volk nunmehr gestellt.“

Abg. Max Z i m m e r m a n n (VdGB):

„Wir handeln für die Bauern Westdeutschlands, indem wir dem Entwurf eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche freie Wahlen zustimmen, um auch der westdeutschen Landwirtschaft Frieden und ein glückliches Leben zu sichern.“

Abg. Prof. Dr. S c h w a r z (Kulturbund):

„Das gesamtdeutsche Wahlgesetz ist ein Bekenntnis zur demokratischen Erneuerung des deutschen Volkes, ein Bekenntnis zu neuer Blüte des deutschen Geistes-schaffens und der deutschen Kultur, ein Bekenntnis zu Recht, Leben und Zukunft.“

Abg. Ottomar G e s c h k e (VFN):

„Wie in der Nacht des Faschismus, stehen auch heute wieder die gleichen Menschen bereit, das deutsche Volk vor dem Untergang zu retten. Millionen in der übrigen Welt schauen voll Sympathie auf sie und sind fest an ihrer Seite.“

Abg. Emil O t t o (FDGB):

„Wenn sechs Millionen westdeutsche Gewerkschafter Nein sagen zum Schuman-Plan, kann er nicht durchgeführt werden, und sollten auch zehn Parlamente ihn anerkennen haben. Wenn sechs Millionen westdeutsche Gewerkschafter Ja zu gesamtdeutschen Beratungen sagen, dann sind sie nicht zu verhindern.“

Abg. Annerose Z i b o l s k i (FDJ):

„Erhebt eure Stimme gegen die Annahme des Wehrgesetzes. Schmiedet die Einheit der Jugend über Konfessionen, Weltanschauungen und Zonenschranken hinweg! Erzwingt gesamtdeutsche Wahlen für ein einheitliches, demokratisches Deutschland! Erzwingt den Frieden!“